



BUNDES
FORUM
FAMILIE

Familie und Medien - vernetzte Familie

- Chancen fördern
- Teilhabe sichern
- Risiken vermeiden

Zusammenfassung der Beratungsergebnisse
des Bundesforums Familie 2000 - 2002

Impressum:

Herausgeber:

Bundesforum Familie Arbeitsgemeinschaft der deutschen
Familienorganisationen e.V. Celsiusstraße 112, 53125 Bonn

Verantwortlich:

Agathe Sering-Muth

Redaktion:

Norbert Hocke, Sprecher des Bundesforums Familie
Agathe Sering-Muth

Gesamtherstellung / Druck:

Juni 2002

ISBN

Die Herstellung wurde ermöglicht durch die Finanzierung des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

VORWORT

Thema des Bundesforums Familie: Familie und Medien – die vernetzte Familie

Medieneinflüsse prägen immer stärker die gesellschaftliche Realität. Im Lebensalltag der Menschen haben die medialen Wirklichkeiten massiv Einzug gehalten. Familien sehen sich einer Entwicklung ausgesetzt, die aktives Handeln als Eltern, neue Kommunikationswelten für Kinder, veränderte Rollenidentitäten von Jugendlichen und erweiterte Erfahrungsräume für Senioren bedeuten.

Diese Tatsache war der Hintergrund für die Entscheidung von achtzig Vertreterinnen und Vertretern aus familienbezogen arbeitenden Organisationen, Verbänden und Einrichtungen Ende 1999 mit dem Thema „Familie und Medien“ einen Problemkreis aufzunehmen, der eines nachhaltigen Diskurses von gesellschaftlicher Verantwortung bis hin zu neuen Anforderungen in Schul- und Erziehungspraxis bedurfte. Als Bundesforum Familie wurden die Fragen im Kreis von über 90 Mitgliedern diskutiert, über Verbesserungen beraten, neue Lösungsansätze entwickelt und Forderungen – auch an die eigene Adresse – formuliert. Mit dem gefundenen Konsens über Einschätzungen, Bedarfsanzeigen und Aufträgen an staatliche und nicht-staatliche Ebenen liegt nun ein Dokument vor, das in einem breiten Ansatz Stellung nimmt zur Entwicklung der Mediengesellschaft in Deutschland und die Wirkungen für Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren aufgreift.

Das Bundesforum Familie ist in den vergangenen zwei Jahren seinem Auftrag gerecht geworden, ein zentrales gesellschaftliches Anliegen zu bearbeiten und dieses für die Lebenswelten von Familien zu hinterfragen und Schlussfolgerungen für sie zu ziehen. Durch die aktive Mitarbeit unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen kann der eingeschlagene Weg positiv bewertet werden. Die abschließenden Empfehlungen des Bundesforums Familie richten sich nicht nur an Gesellschaft und Politik sondern auch an die Mitglieder des Bundesforums Familie selbst. Somit werden die Empfehlungen in eine breite öffentliche Verantwortung gestellt, die ihnen einen hohen Grad an Verbindlichkeit verleiht.

Das Bundesforum Familie hat sich vor zwei Jahren als Zusammenschluss bundesweit tätiger gesellschaftlicher Kräfte gegründet, die aktiv Verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft übernehmen. Aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen heraus soll ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für Veränderungen geschaffen werden, die für Familien zukunftsfördernde Bedingungen sicher stellen. Ziel des Bundesforums Familie ist eine in die Zukunft gerichtete, kreative und innovative Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialem, Politik und Kultur im Sinne einer die Familie in ihren unterschiedlichen Formen fördernden Weise. Das Bundesforum Familie arbeitet auf Projektbasis jeweils zu einem inhaltlichen Schwerpunkt mit einer Laufzeit von in der Regel zwei Jahren. Das Thema „Familie und Medien“ wurde auf der Gründungsversammlung als erstes Schwerpunktthema gewählt.

Familienpolitik und Medien

Der rasante Wandel, der sich aus den veränderten technologischen Möglichkeiten für Information und Kommunikation ergibt, umfasst alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und hat

nachhaltigen Einfluss auf die Arbeitswelt und das Alltagsleben. Die gesellschaftliche, familiäre und individuelle Kommunikation verändern sich. Hier liegen **Chancen** – diese gilt es zu **fördern**.

Diese Entwicklung lässt Familienleben komplexer werden und macht Herausforderungen deutlich, die den Lebensstil von Familien, die familiären Entwicklungen und Eigenkräfte, die Bewältigung von verschiedenen Lebensereignissen durch Familie sowie deren Bezüge in sozialen Netzen betreffen. Der Familienpolitik als soziale Mitverantwortung für Familien kommt in diesem Spannungsfeld eine entscheidende Aufgabe zu. Sie muss die **Teilhabe der Familie** an diesen Prozessen **sichern**.

Wie Familien ihren Alltag gestalten können, unter welchen Bedingungen Eltern mit ihren Kindern leben und welche Kompetenzen in der Familie entwickelt werden, hängt von externen und internen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Ressourcen ab. Mit Blick auf die Verfügbarkeit und Nutzung der Medien treten veränderte familienpolitische Handlungserfordernisse auf. Hier gilt es **Risiken für Familien zu vermeiden**.

Diskurse führen – Konsens schaffen!

Der bewusst geführte Dialog als Arbeitsprinzip über zwei Jahre stellt mit dem vorgelegten Dokument Entwicklungen und keinen Abschluss dar. Das Bundesforum Familie empfiehlt das Thema zur Weiterarbeit seinen Mitgliedsorganisationen aber auch anderen Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen. Die vorliegenden Ergebnisse können für Fachtagungen und Konferenzen sowie für eine lebhaftige Diskussion im Internet genutzt werden.

Drei Arbeitsgruppen haben sich auf diesen Weg der Beratung begeben und legen mit den Empfehlungen ihre Ergebnisse vor. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppen gilt ein besonderer Dank für ihr Engagement. Besonders hervorzuheben sind die Sprecherinnen und Sprecher, die die schwierige Aufgabe übernommen hatten, einen Prozess zu moderieren, dessen Ausgang offen war und darüber hinaus die Ergebnisse so zusammen zu fassen, dass sie über den Tag hinaus weiter Bestand haben. Auch wenn die neuen Medien uns geholfen haben, die Zwischentexte untereinander schnell auszutauschen und auf diese Art und Weise eine breite Kommunikation unter den Arbeitsgruppen möglich war, so lag es doch in den Händen der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Bundesforums Familie, ein abschließendes Dokument zu erstellen. Auch dafür meinen herzlichen Dank!

Für die Steuerungsgruppe



Norbert Hocke Sprecher
Bundesforum Familie

ZENTRALE AUSSAGEN DER BERATUNGEN

Familie und Medien – vernetzte Familie

Mit der Veränderung des Medienangebotes und der Mediennutzung verbinden sich gravierende Einflussnahmen auf die Kommunikation in der Gesellschaft wie auch in den Familien selbst. Der Umgang mit Medien in der Familie prägt die familiäre Interaktion, die in ihrer Vielfältigkeit im jeweiligen Kontext des Lebensalltags und der Lebenslage der Familie steht. Um Kommunikationsprozesse in der Familie aktiv zu gestalten, sind Eltern herausgefordert, sich bewusst auseinander zu setzen und kompetent zu machen sowie auf Veränderungen zu reagieren. Angesichts der hohen Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit zeigt sich ein erhöhter Aufwand und intensiverer Einsatz von Eltern in der Erziehung und Ausbildung in der Familie, die stärker von Kommunikations- und Aushandlungsprozessen gekennzeichnet sind.

Die ersten Medienerfahrungen werden in der Familie gemacht. Familie bietet als Kommunikationsraum für Kinder eine Erfahrungswelt auf, in der Kinder im Spiegel der Interaktionen Selbstbewusstsein und Identität bilden. Gerade in den ersten Lebensjahren (vor allem im Alter von drei bis sechs Jahren) entscheidet das Medienklima in der Familie über den kindlichen Medienkonsum. Die medienbezogene Ausstattung der Familie, das Vorbildverhalten, die erzieherische Bewertung und Anregungen zur Nutzung von Medien sind dafür kennzeichnend. Mit Blick auf unterschiedliche Nutzerverhalten der Kinder und Jugendlichen bei einzelnen Medien sind weitere Faktoren wichtig, so wie das soziale Netzwerk der Familien und die Infrastruktur, von denen sie umgeben sind. Die notwendigen Aushandlungsprozesse über Einsatz und Nutzung der Medien in der Familie können jeweils besser oder schlechter gelingen, ohne Hinweise und Unterstützung durch fördernde Rahmenbedingungen oder kompetenzbildende Angebote von außen jedoch nur unter schwierigeren Voraussetzungen.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkennen

Als wesentliche Sozialisationsbedingung der Kindheit heute sind Medien in ihren Veränderungen mit entscheidend für die Entwicklung der Lebens- und Kommunikationsbedingungen. Auf die Frage, wie Kinder und Eltern unterstützt werden sich auf diese Entwicklung einzustellen und vorzubereiten, ist noch keine Beantwortung in der Gesellschaft insgesamt und in der politischen Verantwortung gefunden. Den Anliegen der Familien, die sich um eine kompetente Mediennutzung bemühen und in der Medienerziehung fähiger werden wollen, wird nur unzureichend Rechnung getragen. Wenn auch die gesellschaftlichen Anforderungen primär den Eltern zugeschrieben werden, sind die Möglichkeiten der Begleitung und Unterstützung im Rahmen öffentlicher Verantwortung zu sehen und das Bewusstsein für die Chancen und Risiken der kindlichen Mediennutzung zu schärfen. Aus der Gestaltungsverantwortung für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen Erziehungsprozesse stattfinden, lassen sich medienpolitische und –pädagogische Entscheidungen nicht ausklammern. Entscheidungsträger in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind herausgefordert, die öffentliche Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen.

Um Medienkompetenz zu fördern, ist ein Bildungskonzept für Familien zu entwickeln, das die Kinder und Eltern sowohl mit ihrem jeweils besonderen Entwicklungsbedarf im Blick hat als auch Angebote und Formen gemeinsamen Lernens in Gang setzt. Die innerfamilialen Ressourcen und die Mitwirkung von Eltern und Kindern sind dabei für die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten wichtig.

 Die Chancen zur Kompetenzvermittlung, die im öffentlichen, freien wie institutionellen bzw. formellen wie informellen Bildungsbereich für Eltern und Kinder bestehen, müssen stärker gefördert und koordiniert werden.

 Der Ausbau von familiengerechten Angeboten der Medienpädagogik, die die Medienkompetenz von Eltern und Kindern stärken und so die Kommunikation in der Familie vertiefen und die Handlungsmöglichkeiten erweitern, muss gewährleistet werden.

Medienkompetenz fördern

Als Kulturtechnik und Schlüsselqualifikation ist so die Förderung von Medienkompetenz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Wirtschaft angesiedelt werden und in der Bildung von Netzwerken ein vorrangiges Ziel sehen muss. Unter dem Stichwort "Vernetzung" sind zum einen die bereits vorhandenen unterschiedlichen Ressourcen zu bündeln und ergänzend zusammenzuführen, zum anderen müssen zusätzliche, insbesondere finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Medienpädagogische Arbeit mit Familien muss sowohl die Kinder als auch die Eltern selbst als Zielgruppe im Blick haben. Auch wenn Eltern Medien nutzen, bedeutet dies noch nicht, dass sie auch über medienpädagogische Kompetenz verfügen, wie z.B. kritischer Umgang mit Medien, Filterfähigkeit, Kenntnis der Strukturen des Mediengeschäftes u.v.m. Die Vermittlung von Medienkompetenz soll nicht nur an den üblichen Einrichtungen der Familienbildung angeboten werden, sondern auch an Orten, die zwar nicht ausdrücklich für Familienbildung zuständig sind, an denen aber breitenwirksam Bildungsarbeit geleistet werden kann, weil sie von den meisten Familien aufgesucht werden und über eine geeignete Infrastruktur verfügen. Das gilt insbesondere für Kindertagesstätten, (Grund)Schulen und Bibliotheken. Dazu ist es notwendig, für diese Orte neue Konzepte zu erarbeiten, die alle Familienmitglieder ansprechen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich diese Orte für neu zu gewinnendes Publikum wie beispielsweise Grundschulen für Eltern im Zusammenhang mit der Vermittlung von Medienkompetenz öffnen und ein entsprechendes Aufgabenverständnis entwickeln bzw. entwickeln können, wie z.B. durch erweiterte Aufgabenbeschreibungen für Kindertagesstätten und Grundschulen in Bezug auf Elternarbeit.

 Es sind daher verstärkt gemeinsame Begegnungsorte auch für ältere Kinder bzw. Jugendliche und Eltern zu schaffen und zu unterstützen, damit Eltern ihre Kinder als aktive und gestaltende Mediennutzer/-innen entdecken, wahrnehmen und ihr eigenes Medienverhalten reflektieren können.

Alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen haben die zentrale Aufgabe zur Förderung von Medienkompetenz. Nicht zuletzt ist es ihr Auftrag, Zugangsgerechtigkeit zu den neuen Medien zu schaffen und Chancengleichheit im Umgang mit den Medien zu gewährleisten.

 Bei der Entwicklung von pädagogischen und organisatorischen Konzepten für Tageseinrichtungen für Kinder müssen die medienpädagogischen Herausforderungen und Angebote für und mit Kindern und Eltern entsprechend Berücksichtigung finden. Eltern und Kinder in dieser Lebensspanne brauchen Raum, Zeit und professionelle Begleitung, um ihre Medienerfahrungen und Alltagsprobleme rund um Fernsehen und Computer in der Familie in einem gemeinsamen Lern- und Bildungsprozess einbringen zu können.

 Die Ausformung von Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe Eingang in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern finden. Medien können und sollten in allen Unterrichtsfächern eingesetzt und von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.

- ☞ Die Förderung der Medienkompetenz und demzufolge der Medienpädagogik sollte als zentrale Aufgabe Eingang in die Ausführungsbestimmungen der Länder zum Kinder- und Jugendhilferecht finden.

Teilhabe sichern

Der Umgang mit Medien als Teil des Lebensalltages von Familien, insbesondere Kindern und Jugendlichen ist unterschiedlich ausgeprägt und bindet einen erheblichen Teil der Freizeit. Die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen an den Entwicklungen der Kommunikations- und Informationstechnologie misst sich wesentlich am Bildungsniveau in der Familie, das zumeist auch der materiellen Ausstattung entspricht. Daneben sind die Geschlechterzugehörigkeit und der ethnische bzw. staatsbürgerliche Hintergrund Faktoren der Einflussnahme. Je höher der Bildungsgrad, um so eher wird die Nutzung z.B. des Internets in der Familie gefördert - von Studierenden eher selbst initiiert - als z.B. von berufstätigen Jugendlichen. Markante geschlechtsspezifische Unterschiede ergeben sich immer noch bei der Computernutzung von Jungen und Mädchen. Mädchen verfügen weniger über eigene Geräte und nutzen den Computer eher als Kommunikationsmittel und zur Herstellung von Sozialkontakten, wobei vermehrt eigene Zugänge zu den Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten erworben werden. Im Vergleich der Zugangsmöglichkeiten von deutschen und türkischen Jugendlichen zeigt auch die 13. Shell Jugendstudie, dass eine überwiegende Mehrzahl türkischer Jugendlicher (70 %) über keinen eigenen Computer verfügen können.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe ist es unverzichtbar, die Möglichkeiten der Medien für Kinder und Jugendliche erfahrbar und nutzbar zu halten, sie in ihrer Medienkompetenz zu stärken und gleichzeitig Gefährdungen für ihre Entwicklung zu vermeiden. Es liegt in der öffentlichen Verantwortung, dass Kinder und Jugendliche – ungeachtet der ökonomischen und kulturellen Situation ihrer Familie – eine Chance erhalten, Zugang zu gewinnen und Medienkompetenz zu erlangen. Die Gefahr einer wachsenden Spaltung zwischen z.B. Computernutzern und Familien, die über keine Zugangs- und Lernmöglichkeiten verfügen, ist erheblich. Die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind daher insbesondere bei benachteiligten Familien zu sichern, ihr aktives Medienverhalten ist zu unterstützen.

- ☞ Es ist eine Aufgabe des Bildungsbereiches, Unterschiede abzubauen und mit entsprechenden Angeboten die Chancen der neuen Medien erfahrbar und nutzbar zu machen.
- ☞ Schulische Lernprozesse müssen so gestaltet sein, dass sie beiden Geschlechtern gerecht werden.
- ☞ Dem Bildungssystem kommt die Aufgabe zu, Kindern und Erwachsenen die Gestaltungsmöglichkeiten der neuen Medienentwicklungen zu vermitteln und zu gewährleisten, dass alle partizipieren können und gesellschaftliche Ungleichheiten nicht fortbestehen.

Risiken vermeiden

Medien sind in vielfältiger Weise im Alltag der Familien präsent und gestalten ihre Kommunikation mit. Sie sind für die Orientierung in der Welt unverzichtbar und können die Kommunikation in der Familie bereichern. Allerdings kann ein ungestalteter Medienkonsum auch die Kommunikation in der Familie überlagern und zu ihrer Verarmung beitragen. In der Gestaltung der Mediennutzung sind Eltern und Kinder zu unterstützen, kompetent und verantwortungsbewusst mit den neuen Medien umzugehen. Sie dürfen mit dieser Aufgabe allerdings nicht allein gelassen werden. Von der Politik wird erwartet, dass der von ihr gestaltbare Verantwortungsbereich nicht auf die Beobachtung der Medien- und Familienentwicklung beschränkt ist.

☞ Die verantwortliche Gestaltung von Rahmensetzungen und Regelungen medienpolitischer Maßnahmen ist noch nicht ausgeschöpft und wird den technologischen Entwicklungen und Möglichkeiten nicht ausreichend gerecht.

☞ Die Sicherung der öffentlich-rechtlichen Sender hat im Blick auf die Familie einen hohen Stellenwert. Er bietet insbesondere am ehesten Gewähr für ein an Qualitätskriterien orientiertes, werbefreies Programm für Kinder.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Interessen, denen der Medienbereich und seine Entwicklung wesentlich unterliegen, werden staatliche Regulative besonders herausgefordert. Meinungs-Kommunikations- und Medienfreiheit gehören zu den zentralen Errungenschaften unserer Gesellschaft. Diese Freiheiten stoßen aber dort an Grenzen, wo Medieninhalte die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefährden können und die Würde des Menschen verletzen. Die Gesellschaft ist verantwortlich für das, was Kindern und Jugendlichen in Wort und Bild gedruckt oder elektronisch vermittelt wird.

☞ Die bestehenden Instrumente und Einrichtungen des Kinder- und Jugendmedienschutzes von der freiwilligen Selbstkontrolle bis zu den öffentlichen Kontrollinstanzen sind zu stärken, gezielter anzuwenden und weiter zu entwickeln.

☞ Der grenzüberschreitende Charakter der neuen Medien erfordert internationale Vereinbarungen im Jugendschutz. Der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für den Schutz der Kinder vor ungeeigneten Medieninhalten ist konsequenter Rechnung zu tragen.

☞ Auch Werbung muss dem Jugendschutz gerecht werden. Werbung für Tabak und Alkohol ist zu verbieten.

☞ Die öffentliche Förderung des Online-Zugangs, die Schaffung von Diskussionsforen und modellhaften Praxisprojekten müssen verstärkt werden. Ein unregelter Zugang zu Online-Shopping und kostenträchtige Internetangebote sind ein wirtschaftliches Risikopotential für Kinder und Jugendliche, das grundlegend zu verringern ist.

Chancen in der Arbeitswelt nutzen

Die Veränderungen der Mediengesellschaft in Deutschland kennzeichnet auch den Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. Neue Technologien haben vielfältige Kommunikationsmedien hervorgebracht und prägen zunehmend die Arbeitsplätze sowie die Inhalte und Organisation der Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Arbeitsorte und Arbeitszeiten werden flexibler, Arbeitsabläufe werden einfacher und schneller, Informationszuwachs erfolgt unmittelbarer, Arbeitsergebnisse verbreitern sich schneller und werden dadurch schneller anwendbar, die Kommunikationswege werden kürzer, transparenter und enthierarchisiert. Die rasanten Weiterentwicklungen technischer Möglichkeiten setzen Arbeitnehmende aber auch zunehmend unter Druck. Nicht alles sofort zu begreifen und anwenden zu können, führt zum unerträglichen Stress. Es entsteht Angst vor dem „Hinterherhinken“ und vor möglichen beruflichen Nachteilen.

Die neuen Technologien erfordern flexibles Handeln und stellen die Arbeitnehmenden und ihre Familien vor neue Herausforderungen. Grenzen zwischen Erwerbsalltag und Privatleben zerfließen immer mehr. Die Vorteile, wie z.B. bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexibilisierte Arbeitszeiten, alternierende Telearbeit, und die Nachteile, wie z.B. ständige Verfügbarkeit durch Handy und e-mail bei unveränderten Infrastrukturmaßnahmen für Familien, liegen eng beieinander.

Mit den zunehmenden Möglichkeiten flexibilisierter Arbeitszeiten entstehen für den Einzelnen neue zeitliche Freiräume, die nicht der mit der Familie verbrachten Zeit entspricht, da die freien Zeiten der Familienmitglieder voneinander entkoppelt sind. Hieran werden Anforderungen an neue Vereinbarungen deutlich, um gemeinsame Familienzeiten zu schaffen und zu erhalten. Die Vorteile der räumlichen und zeitlichen Variabilität werden wesentlich mit der Telearbeit verbunden. Gefahren aus dem Zeit- und Arbeitsdruck oder der Fehleinschätzung der eigenen Management- und Belastungsfähigkeiten sind damit jedoch nicht vermieden. Gesetzliche wie rechtliche Rahmenbedingungen sind darauf abzustellen.

☞ Vereinbarungen zur Flexibilität zwischen Betrieben und Arbeitnehmern können für Familien mehr Freiräume für Familienarbeit schaffen. Erwerbsarbeitszeit muss dabei verlässliche gemeinsame Familienzeiten ermöglichen.

☞ Ein fehlendes Telearbeitsgesetz und ein Arbeitnehmer/-innen-Schutzgesetz für Telearbeitsplätze charakterisieren den Handlungsbedarf.

Die Auswirkungen mediengestützter Arbeitsplätze auf das Familienleben sind vielfach noch nicht bekannt. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt ist nur unzureichend in seinen Wirkungen auf den Alltag der Familien untersucht worden.

☞ Für die Bewertung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsleistungen für Kinder und/oder pflegebedürftige Angehörige bedarf es entsprechender Wirkungsanalysen.

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt erfordert eine stetige Qualifizierung. Die Einflüsse der Mediennutzung verändern viele Tätigkeitsprofile und Arbeitsplätze. Um mit den Arbeitnehmenden diese Entwicklungen zu gestalten, bedarf es qualifizierter Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

☞ Deutschlands Bildungssystem muss Lernenden und Lehrenden Schlüsselkompetenzen vermitteln, um den Anforderungen der Informationsgesellschaft angemessener begegnen zu können. Nicht nur Fachwissen ist gefragt, sondern auch Unterstützung der Lebensbewältigungskompetenzen des und der Einzelnen.

☞ Für die Weiterbildung und deren Schwerpunkte sind geeignete Vereinbarungen unter Beteiligung aller Partner zu erarbeiten. Dabei sind auch individuelle Lösungen, die auf die Situation von Arbeitnehmenden und Betrieben abgestellt sind, anzustreben.

☞ Die Qualifizierung von Lehrpersonal und die Erneuerung der Ausbildungsordnungen sind in Bezug auf die Entwicklung der Informationstechnologien dringlich.

Handlungserfordernisse aufnehmen

In diesem Überblick über die Themenbereiche, zu denen im Bundesforum Familie Forderungen und Positionen gemeinsam formuliert wurden, kommen die unterschiedlichsten Aspekte und Perspektiven zum Tragen und reflektieren die vielfältigen Arbeitsbereiche der Mitwirkenden. Vertreter/-innen von Institutionen aus Wissenschaft und Forschung, von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, von Gewerkschaften, von Familienverbänden, von Trägern der Familienbildung und der Familienarbeit, von Kommunen, Ländern und gesellschaftlichen Dachverbänden haben in den zurückliegenden zwei Jahren grundsätzliche Anforderungen an Politik und Gesellschaft beraten. Dieser Diskussionsprozess war wichtig. Die Ergebnisse sind es wert, umgesetzt zu werden, um die Situation der Familien in der Mediengesellschaft zu beleuchten und Hilfen anzubieten, die dazu beitragen können, die Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologien besser bewältigen zu können bzw. um die Rahmenbedingungen zu schaffen, die auf die veränderten Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen passgenau reagieren.

Auf der Grundlage der Diskussionen in den verbändeübergreifenden Arbeitsgruppen ist es gelungen, gemeinsame Forderungen zu erheben und damit den Ausgangspunkt für sowohl politische und gesellschaftliche Veränderungen wie vor allem auch für eine Umgestaltung in den eigenen Organisationen und Verbänden zu schaffen. Die einzelnen thematischen Schwerpunkte werden im folgenden im Detail vorgestellt und die jeweiligen Forderungen vertiefend erläutert.